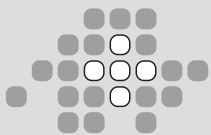




Bundesfinanzen in Kürze Voranschlag 2006



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Département fédéral des finances DFF
Dipartimento federale delle finanze DFF
Departament federal da finanzas DFF

www.efv.admin.ch
www.efd.admin.ch

Webseite

Vorliegende Broschüre kann auf dem Internet unter www.efv.admin.ch abgerufen werden.
Auf der Webseite des EFD (www.efd.admin.ch) und der EFV (www.efv.admin.ch) finden sich im Übrigen auch eine Vielzahl von Informationen und Zahlen zu den Bundesfinanzen im Allgemeinen oder auch zu speziellen Fragestellungen.

Impressum

Redaktion
Eidg. Finanzverwaltung

Auskunft erteilen
Peter Saurer +41 31 322 60 09
Andreas Pfammatter +41 31 322 60 54
Internet: www.efv.admin.ch

Fotos und Rechte: Desktoppublishing Team F+RW
Layout: Desktoppublishing Team F+RW

Vertrieb:
BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
Art.-Nr. 101.110.d
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen

Bern, September 2005



Inhaltsverzeichnis

1	Der Voranschlag im Überblick	2
2	Welche Aufgaben nimmt der Bund wahr?	5
3	Wie werden die Aufgaben finanziert?	9
4	Aufgabenverzichtsplanung der Verwaltung	13
5	Finanzplan 2007-2009	15
6	Finanzpolitischer Ausblick	17
	Lesehilfe zur Botschaft	19

1 Der Voranschlag im Überblick

Der Bundesrat unterbreitet den eidg. Räten einen *schuldenbremsekonformen Voranschlag 2006*. Er ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Erfüllung eines wichtigen Ziels der Legislaturplanung, den Ausgleich des Bundeshaushalts nachhaltig zu sichern. Die Finanzrechnung schliesst mit einem Defizit von 697 Millionen ab. Dies sind 198 Millionen weniger, als die Schuldenbremse für das kommende Jahr zulässt.

Möglich wurde dieses Ergebnis dank den beiden Entlastungsprogrammen und der Aufgabenverzichtplanung. Ohne diese Massnahmen würde der Bund ein Defizit in der Höhe mehrerer Milliarden ausweisen. Diese Zahlen belegen die Notwendigkeit der Entlastungsprogramme. Dank der disziplinierenden Wirkung der Schuldenbremse konnten die Entscheide rasch und die Massnahmen im erforderlichen Umfang herbeigeführt werden.

Wichtige Grundlagen für die Budgetierung, insbesondere für die Einnamenschätzungen und die Berechnung des Ausgabenplafonds gemäss Schuldenbremse, bilden die volkswirtschaftlichen Eckwerte. Dem Voranschlag liegt ein *Wirtschaftsszenario* mit einer Wachstumsrate des realen BIP von 1,8 Prozent und einer Teuerung von 1,1 Prozent zugrunde. Trotz fortdauernder Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung sind diese Eckwerte für die Erarbeitung des Voranschlags durchaus vertretbar.

Die Einnahmen werden im kommenden Jahr auf 52 157 Millionen geschätzt und liegen um 2,8 Prozent über dem Vorjahresstand. Sie nehmen im Vergleich zum geschätzten nominellen Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent leicht unterproportional zu. Der Zuwachs widerspiegelt die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und die Sonderfaktoren, welche für die einzelnen Einnahmenarten bestimmend sind. Steuererhöhungen sind in den Einnamenschätzungen keine ent-



Ergebnisse 2006 mit Vergleichszahlen Mio Fr.

	Rechnung 2004	Voranschlag 2005	Voranschlag 2006
Finanzrechnung			
- Ausgaben	50 285	52 547	52 854
ΔVorjahr in %	0,6	2,2	0,6
- Einnahmen	48 629	50 749	52 157
ΔVorjahr in %	3,1	5,9	2,8
- Ergebnis	-1 656	-1 798	-697
Erfolgsrechnung			
- Aufwandüberschuss	-5 749	-3 934	-2 852
Kennzahlen			
- Ausgaben in % BIP	11,6	11,5	11,3
- Einnahmen in % BIP	10,9	11,1	11,1
- Schulden in % BIP	28,5	28,7	28,3

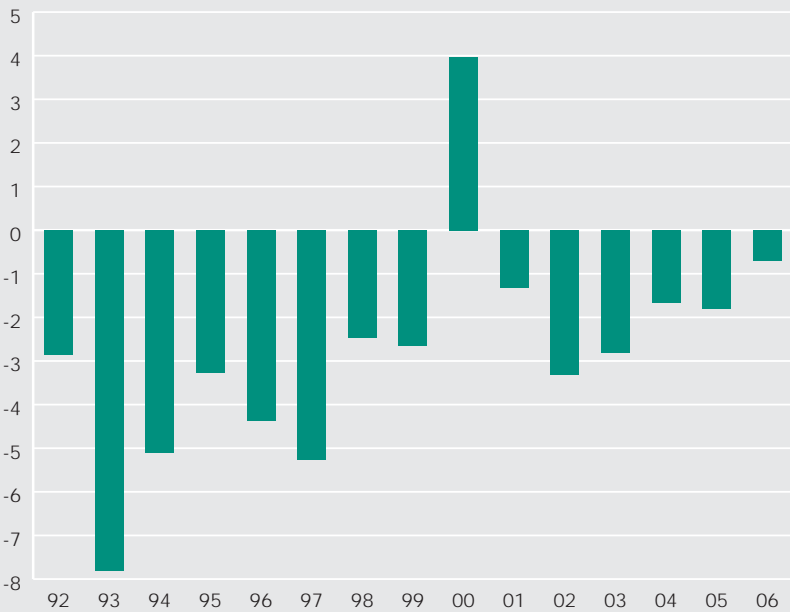
halten. Aus der Revision des Stempelabgabengesetzes und der Inkraftsetzung der Bilateralen II ergeben sich aber Mindererträge.

Der Anstieg ist zur Hauptsache auf die direkte Bundessteuer zurückzuführen. Bei den Unternehmen wird aufgrund der vorliegenden Abrechnungen mit den Kantonen mit einem beträchtlichen Zuwachs der Steuerzahlungen gerechnet. Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag 2005 weisen ebenso die Spielbankenabgabe, die Mehrwertsteuer, die Verkehrsabgaben, die Automobilsteuer und die Biersteuer auf. Mindereinnahmen in nicht unwesentlichem Umfang ergeben sich bei den Stempelabgaben, da aufgrund der effektiven Eingänge sowie der weiterhin moderaten abgabepflichtigen Transaktionsvolumen an den Börsen die Schätzungen massiv zurückgenommen werden mussten.

Die Ausgaben werden im Jahr 2006 auf 52 854 Millionen veranschlagt, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg um 307 Millionen oder 0,6 Prozent entspricht. Damit liegt der Zuwachs unter der prognostizierten Teuerung und unter dem geschätzten nominellen Wirtschaftswachstum. Die Ausgaben wachsen langsamer als die Einnahmen, was eine notwendige Bedingung für eine nachhaltige Gesundung des Bundeshaushalts ist. Dieses Ergebnis ist die Folge der beiden Entlastungsprogramme sowie der Aufgabenverzichtsplannung, die den Bundeshaushalt im Jahre 2006 um mehr als vier Milliarden entlasten.

Von den Hauptaufgabengebieten weisen die Bereiche Finanzen und Steuern, soziale Wohlfahrt, Beziehungen zum Ausland sowie Bildung und Grundlagenforschung positive Wachstumsraten auf. In den Aufgabengebieten Landesverteidigung, Landwirtschaft und Verkehr sind die Ausgaben rückläufig. Mit 3,0 Prozent wächst das Aufgabengebiet Finanzen und Steuern am stärksten. Dieses umfasst mit den Passivzinsen und

Ergebnisse der Finanzrechnung Mrd Fr.
ohne ausserordentliche Faktoren



Ausgaben 2006 nach Aufgabengebieten in %

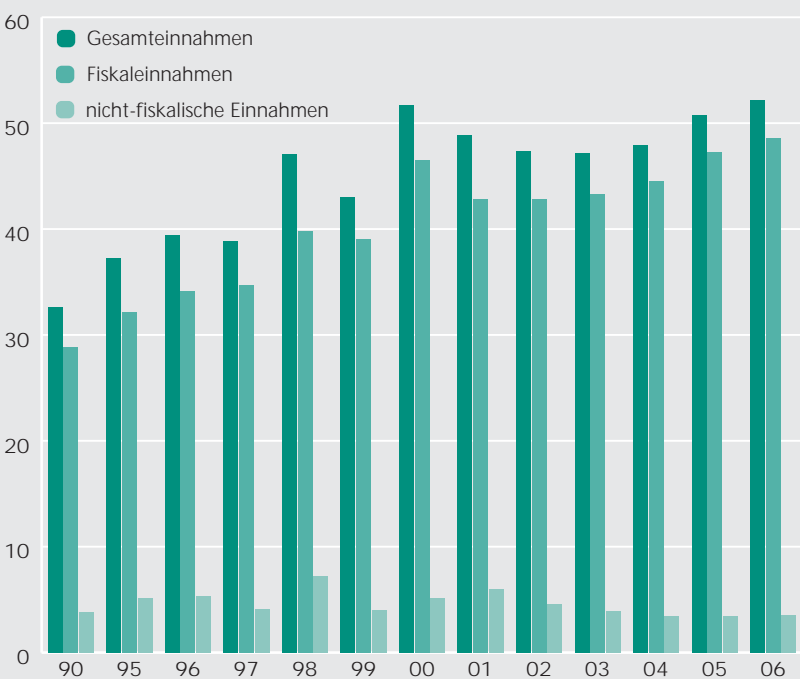
	Veränderung zu V 2005
Finanzen und Steuern	+3,0
Bildung und Grundlagenforschung	+3,0
Beziehungen zum Ausland	+1,0
Soziale Wohlfahrt	+0,8
Landwirtschaft und Ernährung	-1,0
Verkehr	-2,1
Landesverteidigung	-2,9
Total Ausgaben	+0,6

den Anteilen Dritter an den Bundeseinnahmen Ausgaben, welche sich unmittelbar dem Einfluss des Bundes entziehen. Klammert man diesen zumindest kurzfristig nicht steuerbaren Bereich aus, verharren die Ausgaben auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Bild der Erfolgsrechnung gleicht jenem der Vorjahre: Die Abschreibungen im Zusammenhang mit Sanierungen von Pensionskassen belasten das Ergebnis, und erklären zu mehr als zu zwei Dritteln den im Vergleich zum Ergebnis der Finanzrechnung bedeutend höheren Aufwandüberschuss von 2 852 Millionen. Zum schlechteren Ergebnis in der Erfolgsrechnung tragen aber auch die Abschreibungen auf dem übrigen Vermögen bei, welche durch die Aktivierung von Investitionen nicht neutralisiert wurden sowie die Rückzahlung von Darlehen, welche zwar Einnahmen (Finanzrechnung), nicht aber Ertrag (Erfolgsrechnung) darstellen.

Die Schulden werden im nächsten Jahr voraussichtlich um rund zwei Milliarden zunehmen. Dafür zeichnet nicht nur das Defizit der Finanzrechnung verantwortlich. Die Vorschüsse an den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (+1 046 Mio) sowie neue Darlehen an die Arbeitslosenversicherung (+1 400 Mio), welche die Bundestresorerie finanzieren muss, tragen ebenso zum Anstieg der Schulden bei. Die Veränderung der Schulden wird ferner von Bewegungen im Finanzvermögen beeinflusst (z.B. geplanter Abbau des Wertschriftenportefeuilles um rund 600 Mio).

Entwicklung der Einnahmen Mrd Fr.
ohne ausserordentliche Faktoren



2 Welche Aufgaben nimmt der Bund wahr?



21

Ausgaben nach Aufgabengebieten

Zur *finanzpolitischen* Prioritätenbildung werden die Ausgaben in Aufgabengebiete gegliedert. Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht die Frage: Wie viele Mittel sollen für die soziale Wohlfahrt, den Verkehr, die Landesverteidigung, die Landwirtschaft, die Bildung und Forschung oder für die Beziehungen zum Ausland aufgewendet werden? Zusammen mit den – jedenfalls kurzfristig – nicht beeinflussbaren Finanzausgaben machen diese sechs Aufgabengebiete rund 90 Prozent der Bundesausgaben aus. Die relative Bedeutung dieser Aufgabengebiete – gemessen an ihren Anteilen an den Gesamtausgaben – hat sich den vergangenen Jahren stark verändert.

Die *soziale Wohlfahrt* ist mit 14,7 Milliarden nach wie vor die bedeutendste Bundesaufgabe. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben ist seit 1990 von 21,7 auf 27,7 Prozent angewachsen. Im Vergleich zum Vorjahr nehmen die Ausgaben in diesem Bereich um 121 Millionen oder 0,8 Prozent zu. Die vergleichsweise niedrige Wachstumsrate ist das Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen in den Teilbereichen. Mehrausgaben bei der AHV, IV und Krankenversicherung sowie für die Ergänzungsleistungen der IV werden teilweise kompensiert durch rückläufige Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung, die Flüchtlingshilfe im Inland und den sozialen Wohnungsbau.

Bei den Zahlungen des Bundes an die *AHV* (5,5 Mrd) ergibt sich der Anstieg um 2,6 Prozent vor allem aus den erhöhten Erträgen aus der Spielbankenabgabe sowie aus der Zunahme des Rentnerbestandes. Die Bundesbeiträge an die *IV* (4,6 Mrd) nehmen mit 0,8 Prozent trotz zunehmender Rentnerzahl vergleichsweise wenig zu, was darauf zurückzuführen ist, dass die Ausgaben im Voranschlag 2005 zu hoch eingestellt worden sind. Die Zunahme der Anzahl Bezügerinnen und Bezüger von AHV- und IV-Renten lässt auch die

Ergänzungsleistungen auf 709 Millionen ansteigen (+5,0%). Der besonders starke Zuwachs bei den Ergänzungsleistungen zur IV (7,4%) ist zudem auf die im Zusammenhang mit der 4. IV-Revision beschlossenen Verbesserungen bei der Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei Personen zu Hause mit einer mittleren oder schweren Hilflosigkeit zurückzuführen. Der Bund trägt sodann durch die Prämienverbilligungen in der Höhe von 2,2 Milliarden (+3,5%) auch zum Krankenversicherungsbereich bei. Weitere Sozialausgaben sind die Militärversicherung (258 Mio), die Leistungen für Familien und Kinder (35 Mio), der soziale Wohnungsbau (131 Mio) und die Flüchtlingshilfe (915 Mio). Die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe liegen infolge niedrigerer Gesuchszahlen um 56 Millionen oder 5,8 Prozent unter dem Vorjahr.

Für den *Verkehr* werden im Voranschlag 163 Millionen weniger eingestellt als im Vorjahr (-2,1%). Mit 7,7 Milliarden beziehungsweise 14,6 Prozent sinkt auch der Anteil an den Gesamtausgaben. Rund 95 Prozent der Verkehrsausgaben entfallen auf den öffentlichen Verkehr (4,6 Mrd) und die Strassen (2,8 Mrd). Die restlichen 350 Millionen werden vor allem durch die Luftfahrt, die Raumfahrt und die Nachrichtenübermittlung beansprucht. Der Rückgang ist bei den Strassen (-4,1%) ausgeprägter als im öffentlichen Verkehr (-1,0%). Als Folge der Entscheide im Rahmen des Entlastungsprogramms 04 müssen vor allem der Nationalstrassenbau (-72 Mio) sowie der Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen (-27 Mio) mit weniger Mitteln auskommen. Die Minderausgaben beim öffentlichen Verkehr (-46 Mio) stehen in Verbindung mit der fortschreitenden Realisierung des Lötschberg-Basistunnels.

Die Ausgaben für die *Landesverteidigung* nehmen mit 4,6 Milliarden oder 8,6 Prozent weiterhin den dritten Platz ein. Deren Anteil ging in den letzten zwanzig Jahren allerdings stark

zurück. Der diesjährige Ausgabenrückgang von 134 Millionen (-2,9%) erfolgt vollumfänglich zulasten der militärischen Landesverteidigung, für die zivile Landesverteidigung (insbesondere Zivilschutz) werden wie im Vorjahr 109 Millionen eingestellt. Der Rückgang bei der militärischen Landesverteidigung ist weitestgehend die Folge der Entscheide im Rahmen der Entlastungsprogramme 03 und 04.

Die *Bildung und Grundlagenforschung* beansprucht 4,1 Milliarden oder 7,7 Prozent der gesamten Ausgaben des Bundes. Mit Mehrausgaben von 117 Millionen (+3,0%) entfällt fast die Hälfte des Zuwachses der gesamten Ausgaben des Bundes auf dieses Aufgabengebiet. Dem Willen der eidgenössischen Räte wurde somit nachgelebt, den Ausgaben für Bildung und Forschung mit Blick auf deren wachstumsfördernden Wirkungen Priorität einzuräumen. Zieht man auch die angewandte Forschung (+16 Mio) in die Betrachtung mit ein, wird der Eindruck der Prioritätensetzung noch verstärkt. Schwerpunkte einer intensivierten Tätigkeit sind die Bundeshochschulen (+44 Mio), die Fachhochschulen (+27 Mio), die Grundlagenforschung (+27 Mio) sowie die Berufsbildung (+25 Mio).

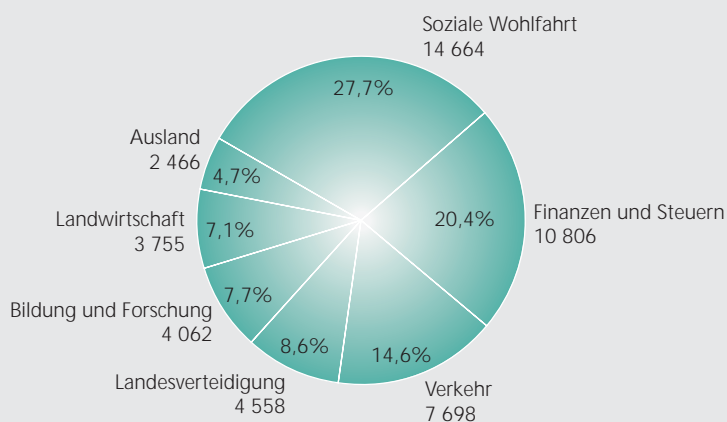
Die Ausgaben für die *Landwirtschaft* belaufen sich auf 3,8 Milliarden. Das sind 37 Millionen oder 1,0 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes beträgt 7,1 Prozent. Im Landwirtschaftsbereich findet aus finanzpolitischer Sicht eine Fortsetzung der Politik der letzten Jahre statt. Der Mitteleinsatz zugunsten der Direktzahlungen steigt leicht auf 2 472 Millionen (+8 Mio) und der Bereich Produktion und Absatz wird mit einer weiteren Abnahme der Mittel auf 729 Millionen konfrontiert (-35 Mio).

Die *Beziehungen zum Ausland* machen im nächsten Jahr 4,7 Prozent der Gesamtausgaben aus. Hauptausgabenposten sind die Entwicklungs-

Die wichtigsten Aufgabenbereiche

Aufgaben	1990		2006	
	Mio Fr.	Anteil %	Mio Fr.	Anteil %
Gesamtausgaben	31 616	100,0	52 854	100,0
– Soziale Wohlfahrt	6 866	21,7	14 664	27,7
– Verkehr	4 680	14,8	7 698	14,6
– Landesverteidigung	6 053	19,1	4 558	8,6
– Bildung/Grundlagenforschung	2 438	7,7	4 062	7,7
– Landwirtschaft/Ernährung	2 676	8,5	3 755	7,1
– Beziehungen zum Ausland	1 581	5,0	2 466	4,7
– Finanzen und Steuern	4 330	13,7	10 806	20,4
Total	28 624	90,5	48 009	90,8

Übersicht über die ausgabenstärksten Aufgabengebiete V 2006 in Mio Fr.



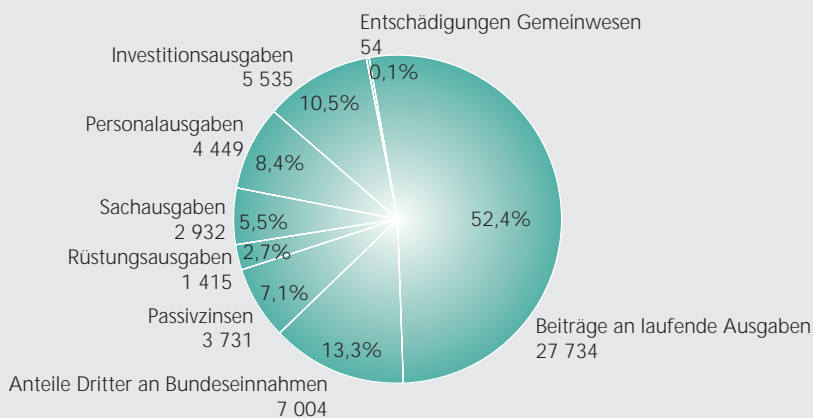
Ausgaben nach Sachgruppen Mio Fr.

Sachgruppen	Rechnung 2004	Voranschlag 2005	Voranschlag 2006
Gesamtausgaben	50 285	52 547	52 854
Laufende Ausgaben	44 620	46 840	47 319
– Personalausgaben	4 410	4 472	4 449
– Sachausgaben	2 780	2 962	2 932
– Rüstungsausgaben	1 556	1 442	1 415
– Passivzinsen	3 172	3 883	3 731
– Anteile an Bundeseinnahmen	6 029	6 528	7 004
– Entschädigungen an Gemeinwesen	59	59	54
– Beiträge an laufende Ausgaben	26 614	27 494	27 734
Investitionsausgaben	5 665	5 707	5 535
in % Gesamtausgaben			
– Laufende Ausgaben	88,7	89,1	89,5
– Investitionsausgaben	11,3	10,9	10,5

hilfe (1 551 Mio) und die politischen Beziehungen (786 Mio). Der Ausgabenzuwachs von 25 Millionen (+1,0%) fällt zur Hauptsache bei der Entwicklungshilfe an. Die Ausgaben für die politischen Beziehungen bleiben konstant und jene für die wirtschaftlichen Beziehungen gehen auf 127 Millionen zurück.

Der Bereich *Finanzen und Steuern* (10,8 Mrd) umfasst die Zinsausgaben (3,7 Mrd), die Emissionskosten (0,2 Milliarden) und die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen (6,9 Mrd). Zu den Anteilen Dritter an den Bundeseinnahmen zählen unter anderem die Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer, der Verrechnungssteuer, der LSWA und dem Wehrpflichtersatz sowie die Mehrwertsteueranteile der AHV und des Fonds für Eisenbahngrossprojekte. Der Zuwachs geht auf das Konto der Anteile Dritter (+459 Mio), während die Schuldzinsen sowie Kommissionen und Abgaben insgesamt rückläufig sind (-141 Mio).

Die Ausgaben für die *übrigen Aufgabenbereiche* (Allgemeine Verwaltung, Justiz und Polizei, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Umwelt und Raumordnung sowie Übrige Volkswirtschaft) belaufen sich auf 4,8 Milliarden. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben beträgt 9,2 Prozent. Der Zuwachs von 60 Millionen (+1,3%) entfällt schwergewichtig auf die allgemeine Verwaltung/nicht zuteilbare Ausgaben sowie auf die übrige Volkswirtschaft. Im erstgenannten Fall sind es zusätzliche Ausgaben für die Umsetzung der Bilateralen II (Statistik) und im zweitgenannten Fall stehen die höheren Ausgaben in einem Zusammenhang mit Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, der KMU-Standort- sowie der Technologie- und Innovationsförderung.

Struktur der Bundesausgaben V 2006 Mio Fr.

22

Ausgaben nach Sachgruppen

Um zu wissen, wie viel der Bund beispielsweise für sein Personal oder für Investitionen aufwendet oder wie viele Subventionen an Kantone und Private ausgeschüttet werden, sind die Ausgaben neben Aufgabengebieten auch nach *Sachgruppen* gegliedert. Die Ausgaben werden unterteilt in laufende Ausgaben (Konsum) und Investitionsausgaben. Die Investitionsausgaben des Bundes machen im Gegensatz zu den Kantonen nur einen kleinen Teil der Gesamtausgaben aus, wobei der grösste Teil auf Beiträge an Dritte entfällt. Die Abgrenzung erfolgt nicht nach volkswirtschaftlichen Kriterien, weshalb zum Beispiel Aufwendungen für Bildung und Forschung als laufende Ausgaben gelten.

Die *laufenden Ausgaben* nehmen im Budget 2006 um 479 Millionen oder 1,0 Prozent zu. Den grössten Zuwachs verzeichnen die Anteile Dritter

an den Bundeseinnahmen (+476 Mio) aufgrund der gestiegenen Einnahmen insbesondere bei der direkten Bundessteuer. Die Beiträge an die laufenden Ausgaben legen um 240 Millionen zu, vorab als Folge der höheren Transferzahlungen an die bundeseigenen Sozialversicherungen (+102 Mio) und an die Kantone (+100 Mio). Diesen Mehrausgaben stehen Minderausgaben gegenüber, vor allem bei den Passivzinsen (-152 Mio), aber in geringerem Umfang auch bei den Sachausgaben (-30 Mio), bei den Rüstungsausgaben (-27 Mio) und im Personalbereich (-23 Mio).

Die *Personalausgaben* sind im zweiten Jahr hintereinander rückläufig. Sie werden auf 4 449 Millionen veranschlagt, 0,5 Prozent tiefer als im Vorjahr. Diese Entwicklung hängt zum einen mit den Reformen in der militärischen Landesverteidigung und zum andern mit den Sparaufträgen im Rahmen der beiden Entlastungsprogramme sowie der Aufgabenverzichtsplanung zusammen.

Die *Investitionsausgaben* sinken um 3,0 Prozent auf 5 535 Millionen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung im Bereich der Investitionsbeiträge (-145 Mio) vor allem auf die im Rahmen des Entlastungsprogramms 04 beschlossenen Beitragskürzungen im Nationalstrassenbau sowie die aufgrund der revidierten NEAT-Planzahlen zurückgenommenen Zahlungen aus den Mineralölsteuern an den Fonds für Eisenbahngrossprojekte. Bei den Darlehen und Beteiligungen (-60 Mio) verzeichnen die Darlehen an die SBB für Infrastrukturinvestitionen sowie die Darlehen im Bereich der Wohneigentumsförderung die grössten Rückgänge.

3 Wie werden die Aufgaben finanziert?

31

Übersicht

Die *Gesamteinnahmen* des Bundes werden für 2006 auf 52,2 Milliarden veranschlagt. Sie liegen damit um 1,4 Milliarden oder 2,8 Prozent über dem Wert des Voranschlags 2005. Der Anstieg ist zur Hauptsache auf die direkte Bundessteuer zurückzuführen. Bei den Unternehmen wird aufgrund der vorliegenden Abrechnungen mit den Kantonen mit einem beträchtlichen Zuwachs der Steuerzahlungen gerechnet. Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag 2005 weisen ebenso die Spielbankenabgabe, die Mehrwertsteuer, die Verkehrsabgaben, die Automobilsteuer und die Biersteuer auf. Mindereinnahmen in nicht unwesentlichem Umfang ergeben sich bei den Stempelabgaben. Aufgrund der bereits bekannten Eingänge im laufenden Jahr müssen die Schätzungen sowohl für 2005 als auch das Budget 2006 nach unten revidiert werden. Der ausgewiesene Einnahmerückgang bei den Regalien und Konzessionen ist nahezu ausschliesslich auf die reduzierte Gewinnausschüttung der SNB zurückzuführen (Wegfall der Ausschüttungen aus dem verteilten Goldvermögen).

Mit einem Anteil von 93 Prozent wird die Entwicklung der Gesamteinnahmen vorwiegend durch die *Fiskaleinnahmen* geprägt. Diese nehmen gegenüber dem Voranschlag 2005 um knapp 1,3 Milliarden oder 2,7 Prozent zu. Die *nichtfiskalischen Einnahmen*, die um 3,5 Prozent auf 3,6 Milliarden ansteigen, entfallen zur Hauptsache auf Zinserträge auf dem Vermögen des Bundes, auf Einnahmen aus Entgelten, auf Beteiligungserträge sowie auf Einnahmen aus Regalien und übrigen Konzessionen. Bei letzteren ist namentlich die Gewinnablieferung der SNB, die Dividendenausschüttung der Swisscom und der Anteil des Bundes am Reingewinn der Alkoholverwaltung zu erwähnen.

Der Bund kann über knapp einen Drittel der Gesamteinnahmen nicht frei verfügen. Der Trend zu Zweckbindungen und Ausgabenautomatismen ist seit Jahren im Zunehmen begriffen. Nicht frei verfügbar sind insbesondere die *zweckgebundenen Einnahmen* und die den *Kantonen und Dritten vorbehaltenen Anteile* an der direkten Bundessteuer, der Verrechnungssteuer, am Wehrpflichtersatz, an der Mehrwertsteuer, an den Verkehrsabgaben, an der Spielbankenabgabe sowie an der Tabaksteuer.

Die Einnahmen werden sowohl nach einem bottom-up Ansatz als auch einem top-down Ansatz geschätzt. Beim bottom-up Ansatz erfolgt die Schätzung gesondert für jede Einnahme. Dies erlaubt es, eine Vielzahl von Faktoren zu berücksichtigen, welche für den Verlauf der einzelnen Einnahmen von Bedeutung sind. Beim top-down Ansatz wird das Augenmerk auf die Gesamteinnahmen gerichtet. Ökonometrische Analysen haben gezeigt, dass mittel- bis langfristig die Einnahmen um ein Prozent wachsen, wenn das Bruttoinlandprodukt um ein Prozent zunimmt (Elastizität von eins). Es kann in einzelnen Jahren aber durchaus zu Abweichungen von dieser Richtgrösse kommen. Auch gilt die Hypothese einer Elastizität von eins nur für jene Veränderungen der Gesamteinnahmen, welche in einem Zusammenhang zur wirtschaftlichen Aktivität stehen. Zudem generieren strukturelle Änderungen wie beispielsweise Steuersenkungen oder -erhöhungen Mehr- oder Mindereinnahmen, welche die Elastizität ebenfalls verändern. Schliesslich beinhalten die Einnahmen eines bestimmten Jahres immer auch zufällige Elemente, namentlich bei Abgrenzungsproblemen am Jahresende. Der top-down Ansatz wird vor allem zur Plausibilisierung der Ergebnisse des bottom-up Ansatzes verwendet. Liegen die nach dem bottom-up Ansatz geschätzten Gesamteinnahmen innerhalb des Vertrauensintervalls des top-down Ansatzes, erfahren sie eine «unabhängige» Bestätigung.

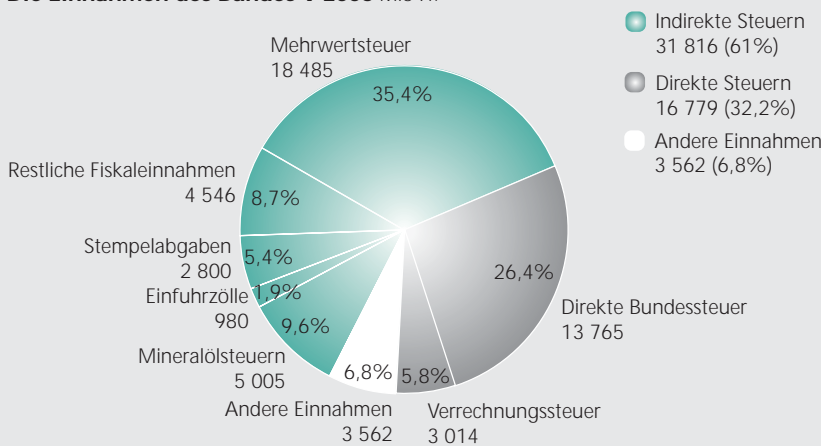
32

Einzelne Fiskaleinnahmen

Die *direkte Bundessteuer* ist eine Einkommenssteuer für natürliche Personen sowie eine Gewinnsteuer für juristische Personen (z.B. Aktiengesellschaften). Der Anteil der Kantone an den Einnahmen der direkten Bundessteuer beträgt 30 Prozent. Dem Bund verbleiben somit 70 Prozent. Für das Jahr 2006 werden Einnahmen in Höhe von 13,8 Milliarden erwartet, 11,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs ist zum überwiegenden Teil auf die Eingänge bei den juristischen Personen zurückzuführen. Bei den Unternehmen wird aufgrund der vorliegenden Abrechnungen mit den Kantonen mit einem beträchtlichen Zuwachs der Steuerzahlungen gerechnet. Für diese – gemessen am konjunkturellen Verlauf – überraschende Entwicklung gibt es im Wesentlichen zwei Erklärungen. Zum einen gibt es trotz des Übergangs zur einjährigen Postnumerando Besteuerung nach wie vor eine zeitliche Verzögerung zwischen der Einkommenserzielung und der Fälligkeit der Steuern. Zum zweiten dürften die Einnahmen im laufenden Jahr erneut höher ausfallen als budgetiert.

Die *Verrechnungssteuer* ist eine vom Bund an der Quelle erhobene Steuer auf dem Ertrag des beweglichen Kapitalvermögens (insbesondere Zinsen und Dividenden), auf den Lotteriegewinnen und auf bestimmten Versicherungsleistungen. Mit der Steuer soll die Steuerhinterziehung bekämpft und damit die gesetzesmässige Erhebung der Einkommenssteuern von Bund, Kantonen und Gemeinden gewährleistet werden. Der Steuersatz beträgt 35 Prozent. Die Kantone erhalten an den Steuereinnahmen einen Anteil von 10 Prozent. Die Verrechnungssteuer ist eine sehr volatile Finanzquelle, da die Unsicherheit bezüglich der Bestimmungsfaktoren dieser Steuer (Dividendenzahlungen, Zinsniveau, Umfang der Rückerstattungen) sehr gross sind. Angesichts der Schwierigkeiten zuverlässiger Schätzungen

Die Einnahmen des Bundes V 2006 Mio Fr.



wird im Voranschlag 2006 – wie im Vorjahr – ein Betrag von drei Milliarden eingesetzt. Dieser Wert entspricht in etwa dem Durchschnittswert der letzten 15 Jahre.

Die *Stempelabgaben* werden auf Kapitalaufstockungen der Unternehmen, auf Anleihensmissionen, Wertschriftenumsätzen sowie auf Versicherungsprämien erhoben. Es werden drei verschiedene Abgaben unterschieden: die Emissionsabgabe, die Umsatzabgabe und die Abgabe auf Versicherungsprämien. Die gesamten Einnahmen aus den Stempelabgaben werden 2006 auf 2,8 Milliarden geschätzt, 500 Millionen weniger als im Vorjahresbudget. Allerdings mussten bereits für das laufende Jahr die Schätzungen für die Stempelabgaben aufgrund der effektiven Eingänge massiv zurückgenommen werden. Die Revision nach unten entfällt zu rund 60 Prozent auf die Umsatzabgabe, der Rest auf die Emissionsabgabe. Dabei sind es insbesondere die abgabepflichtigen Börsenumsätze, welche hinter den Erwartungen blieben. Vom nächsten Jahr an werden zudem die beschlossenen Änderungen im Stempelabgabengesetz zu Mindereinnahmen von rund 70 Millionen führen.

Die Einnahmen des Bundes Mio Fr.

Einnahmen	Rechnung 2004	Voranschlag 2005	Voranschlag 2006
Gesamteinnahmen	48 629	50 749	52 157
Fiskaleinnahmen	44 755	47 308	48 595
– Direkte Bundessteuer	11 822	12 386	13 765
– Verrechnungssteuer	2 628	3 015	3 014
– Stempelabgaben	2 755	3 300	2 800
– Mehrwertsteuer	17 666	18 105	18 485
– Tabaksteuer	2 040	2 158	2 119
– Verkehrsabgaben	993	1 478	1 500
– Einfuhrzölle	1 054	1 005	980
– Mineralsteuer auf Treibstoffen	2 927	2 970	2 970
– Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 979	2 010	2 010
– Übrige Fiskaleinnahmen	891	881	952
Regalien/Konzessionen	1 238	1 318	1 245
Vermögenserträge	890	866	1 063
Entgelte	1 324	1 052	1 065
Investitionseinnahmen	422	205	189

Die *Mehrwertsteuer* ist mit 18,5 Milliarden betragsmässig die wichtigste Einnahmenquelle des Bundes. Im Vergleich zu den für das laufende Jahr geschätzten Mehrwertsteuereinnahmen beträgt die Zunahme 2,7 Prozent. Sie entspricht damit in etwa der Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsproduktes, welche der Schätzung der Einnahmen zugrunde liegt. Die Mehrwertsteuer ist eine Verbrauchssteuer und wird auf allen inländischen Umsätzen, das heisst nach dem Allphasensystem, aller nicht ausdrücklich freigestellten Waren und Dienstleistungen sowie auf die Einfuhren erhoben. Sie soll den Konsumenten nach Massgabe seines Verbrauchs an besteuerten Waren und Dienstleistungen belasten. Der Höchstsatz beträgt seit dem 1. Januar 2001



7,6 Prozent. Im Beherbergungsbereich gilt ein Sondersatz von 3,6 Prozent, für gewisse Waren und Dienstleistungen ein reduzierter Satz von 2,4 Prozent.

Weitere wichtige Verbrauchssteuern sind die *Mineralölsteuern auf den Treibstoffen*, welche die früheren Treibstoffzölle ersetzen. Im Budget 2006 werden sie auf 5,0 Milliarden veranschlagt. Von diesen Einnahmen sind 3,5 Milliarden zweckgebunden für den Strassenverkehr. Die Mineralölsteuern sind wie die Zolleinnahmen mengenbeziehungsweise gewichtsabhängig. Bei einem steigenden Preisniveau sind diese Einnahmen deshalb einem schleichenden Zerfall ausgesetzt. Darüber hinaus verlieren die Zollerträge mit den verschiedenen Zollabbaurunden zunehmend an Bedeutung. Im Jahr 2006 dürften die *Zolleinnahmen* um 2,5 Prozent unter dem Vorjahr liegen und die Milliardengrenze seit langer Zeit erstmals wieder unterschreiten.

4 Aufgabenverzichtsplanning der Verwaltung

Die bundesrätliche Strategie zur nachhaltigen Stabilisierung des Bundeshaushalts beruht mittel- und langfristig auf umfassenden Systemreformen in den einzelnen Aufgabenfeldern. Als kurzfristige Massnahme wurde ein weiteres Entlastungsprogramm (EP 04) geschnürt, flankiert von einer *Aufgabenverzichtsplanning der Verwaltung (AVP)*.

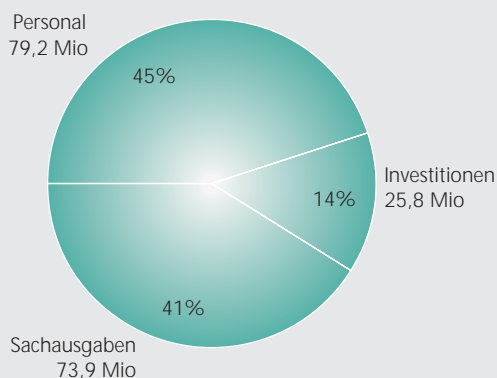
Ziel der AVP ist eine *Straffung des Verwaltungsapparates*. Dies wird erreicht durch den Verzicht auf Leistungen und Projekte, die Senkung von Leistungs- und Qualitätsstandards, die Vereinfachung von Abläufen und Strukturen sowie das Ausnutzen von Synergien. Das quantitative Ziel der AVP ist die Kürzung der Funktionsausgaben (Personal, Sachausgaben, Investitionen) der Verwaltung um fünf Prozent im Jahr 2008 und eine Senkung der Personalausgaben um mindestens drei Prozent. Ein Drittel dieser Vorgabe muss bereits im Jahr 2006 und zwei Drittel im Jahr 2007 erbracht werden.

Bei der Ausarbeitung der entsprechenden Massnahmen wurde bewusst auf eine komplexe, departementsübergreifende Programmmethodik sowie auf eine grosse Projektorganisation verzichtet. Die Abwicklung und damit auch die detaillierten Programm- und Kürzungsvorgaben an die Dienststellen wurde den Departementen überlassen. So konnte auf externe Experten verzichtet werden, jedoch waren grosse departementsübergreifende Massnahmen nicht möglich. Diese werden Gegenstand der Verwaltungsreform und anstehenden systematischen Aufgabenüberprüfung anhand eines Aufgabenportfolios sein.

Die AVP umfasst über *150 Massnahmen*, die mehrheitlich ohne Änderungen von Rechtserlassen umsetzbar sind und somit in der Kompetenz der zuständigen Departemente liegen. Wo Gesetzesänderungen notwendig sind, werden diese in themenverwandte Vorlagen integriert. Insgesamt



Verteilung nach Sachgruppen



wird der Bundeshaushalt mit der AVP *um rund 190 Millionen entlastet*. Die Personalausgaben machen 44,3 Prozent der Kürzungsmassnahmen aus, die Sachausgaben 41,3 Prozent und die Investitionen 14,4 Prozent.

Betrachtet man die von den Departementen erarbeiteten Massnahmen im Einzelnen, lässt sich feststellen, dass diese zu einem grossen Teil im Mikrobereich der Verwaltung angesiedelt sind und Massnahmen wie die Vereinfachung von Verwaltungsabläufen enthalten. Daneben gibt es aber auch namhaftere Aufgabenverzicht, wie beispielsweise die Einschränkung von Öffnungszeiten bei Museen oder die Streichung diverser gedruckter Publikationen. Auch die vorgesehene Ausserkurssetzung der Ein- und Fünfrappenstücke stellt einen echten Aufgabenverzicht dar. Schliesslich werden viele Aufgaben nach der AVP in unverändertem Umfang, aber mit weniger Ressourcen weiterhin erbracht (Produktivitätsstei-

gerung). Gewisse Massnahmen führen zu einem Dienstleistungsabbau gegenüber Bevölkerung und Kantonen; eigentliche Lastenabwälzungen konnten aber vermieden werden.

Die AVP führt zu einem *Rückgang der Personalausgaben* von gut drei Prozent gegenüber dem Finanzplan vom 24. September 2004. Dies entspricht einem Abbau von rund 800 Stellen. Zusammen mit dem Stellenabbau aus dem Entlastungsprogramm 2003 (700 Stellen – ohne VBS), der Restrukturierung des VBS (2 500 Stellen) und der Reorganisation der zentralen Dienste des EJPD (116 Stellen) werden damit bis 2010 über 4 000 Stellen abgebaut. Grundlage für die Bewältigung des Stellenabbaus ist die vom Bundesrat beschlossene Verordnung über die Stellen- und Personalbewirtschaftung im Rahmen von Entlastungsprogrammen und Reorganisationen. Dahinter steht die Absicht, den Abbau sozialverträglich und möglichst ohne Entlassungen zu vollziehen, was nach heutiger Einschätzung in den zivilen Departementen realisierbar erscheint.

Insgesamt widerspiegelt die AVP den Willen, nachvollziehbare und umsetzbare Massnahmen zu ergreifen und mit Effizienzsteigerungen, kleineren Reorganisationen und gezielten Aufgabenverzicht für einen optimalen Ressourceneinsatz zu sorgen. Dies hinterlässt im Bundeshaushalt deutliche Spuren: Ein Vergleich der Sach- und Personalausgaben in den Jahren 2001–2009 zeigt, dass bis 2005 eine nominelle Stabilisierung erreicht werden kann. Zwischen 2005 und 2009 ist dank der AVP und des Entlastungsprogramms 04 gar ein nomineller Rückgang zu verzeichnen.

5 Finanzplan 2007–2009



Die Finanzplanzahlen 2007–2009 ergeben insgesamt ein *gemischtes Bild*. Dank den Massnahmen des EP 04 und der Aufgabenverzichtsplanning ist zumindest die kürzerfristige Stabilisierung des Bundeshaushaltes in Griffweite gelangt. Mit Einnahmenüberschüssen von 410 Millionen, 550 Millionen und 870 Millionen werden die Vorgaben der Schuldenbremse durchwegs eingehalten. Allerdings mussten hierfür in den Jahren 2007 und 2008 Eventualkürzungen nach den Grundsätzen der Kreditsperre im Umfang von 410 respektive 211 Millionen eingestellt werden. Der notwendige Rückgriff auf dieses lineare Sparinstrument, aber vor allem die drohenden Mehrbelastungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite sind ein klares Zeichen dafür, dass mit den Entlastungsprogrammen und der AVP bloss ein Etappenziel erreicht wurde. Das durchschnittliche Ausgabenwachstum von real rund zwei Prozent muss weiter abgesenkt werden. Dies bedingt tiefgreifende Systemreformen im hochgradig gebundenen Transferbereich.

Die *Einnahmenentwicklung* wird geprägt durch die vorgesehene Einführung des Mehrwertsteuerzuschlags von 0,8 Prozentpunkten für die IV, die in den Jahren 2008 und 2009 mit 1,8 beziehungsweise 2,5 Milliarden zu Buche schlägt. Daneben legen insbesondere die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer überdurchschnittlich zu, bedingt durch die progressive Besteuerung bei den natürlichen Personen sowie die unterstellte, positive Gewinnentwicklung bei den juristischen Personen. Bei den übrigen grösseren Fiskaleinnahmen wachsen die Stempelabgaben nur sehr verhalten und die Erträge aus der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer und den Einfuhrzöllen verzeichnen gar einen nominellen Rückgang. Insgesamt legen die Einnahmen des Bundes zwischen 2005 und 2009 um 10,3 Milliarden oder durchschnittlich 4,7 Prozent pro Jahr zu. Unter Ausklammerung der Sonderfaktoren – wie beispielsweise der Mehrwertsteuerzuschlag für

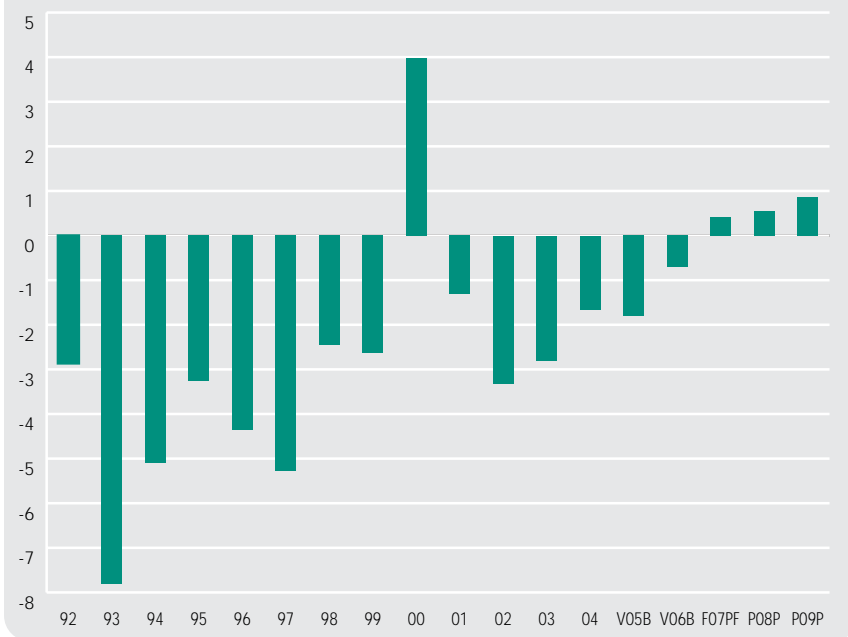
Ergebnisse Finanzplan 2007-2009 Mio Fr.

Nach virtueller Kreditsperre	Voranschlag 2006	Finanzplan 2007	Perspektive 2008	Perspektive 2009
- Ausgaben	52 854	53 985	57 484	60 148
- Δ Vorjahr in %	0,6	2,1	6,5	4,6
- Einnahmen	52 157	54 395	58 034	61 018
- Δ Vorjahr in %	2,8	4,3	6,7	5,1
Ergebnis	-697	410	550	870

die IV, die Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe und der einnahmensenkenden Ausgleich der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer – beträgt der durchschnittliche Zuwachs 3,9 Prozent pro Jahr, das heisst 0,7 Prozentpunkte mehr als die erwartete Entwicklung des BIP.

Ergebnisse der Finanzrechnung 1992–2009 Mrd Fr.

Ab 1997 neue Rechnerdarstellung ohne ausserordentliche Faktoren



Die *Ausgaben* des Bundes nehmen in der vierjährigen Periode 2005–2009 um 7,6 Milliarden oder durchschnittlich 3,4 Prozent pro Jahr zu. Gut 80 Prozent des Zuwachses erfolgt in den zwei zumindest kurzfristig nicht steuerbaren Bereichen Finanzen und Steuern (9,6%) sowie soziale Wohlfahrt (2,9%). Bei den Finanzen und Steuern entfallen allein 2,5 Milliarden auf die vorgesehene Einführung des Mehrwertsteuerzuschlags für die IV, dessen Ertrag vollumfänglich an den Ausgleichsfonds weitergeleitet wird. Knapp 1,5 Milliarden gehen auf das Konto der höheren Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer. Bei einer Ausklammerung des Bereichs Finanzen und Steuern reduziert sich die durchschnittliche Wachstumsrate der Ausgaben auf 1,7 Prozent, nur knapp über der durchschnittlichen Teuerung von 1,4 Prozent. Bei der Sozialen Wohlfahrt entfällt der grösste Zuwachs mit 1,1 Milliarden auf die AHV, aber auch die IV und die Krankenversicherung legen um mehrere Hundert Millionen zu. Daneben weisen lediglich noch die Bildung und Grundlagenforschung (3,4%) und die Beziehungen zum Ausland (2,1%) ein reales Wachstum auf. Insgesamt ist die Planung auf der Ausgabenseite von grosser Zurückhaltung geprägt. Gleichwohl ist ein Ausgabenwachstum von durchschnittlich 3,4 Prozent pro Jahr ohne Steuererhöhungen auf Dauer nicht finanzierbar.

6 Finanzpolitischer Ausblick

Dank den Entlastungsprogrammen, der Aufgabenverzichtsplanung und den Eventualkürzungen können die *strukturellen Defizite beseitigt* und ab 2007 durchwegs positive Rechnungsergebnisse ausgewiesen werden. Die Perspektiven stehen im Einklang mit der von der Schuldenbremse für die Finanzplanjahre abgeleiteten Vorgabe, dass bei guter Wirtschaftslage positive Abschlüsse zwingend sind. Dies nicht zuletzt im Hinblick auf konjunkturell bedingte Defizite im Falle einer Rezession. Die gemäss Schuldenbremse höchstzulässigen Ausgabenplafonds werden in den Jahren 2007–2009 um insgesamt rund 500 Millionen unterschritten.

Die bereits in der letzten Planrunde eingeleitete finanzpolitische Trendwende kann vollendet werden. Mit den beschlossenen Sparschritten, aber auch mit den eingeleiteten, erst mittelfristig wirksamen Strukturreformen besteht die grosse Chance, den Bundeshaushalt *nachhaltig zu stabilisieren* und die Entwicklung der Ausgaben auf ein Niveau zurückzuführen, das für die Schweizer Volkswirtschaft längerfristig verkraftbar ist.

Die Entwicklung des Bundeshaushalts gemäss vorliegenden Perspektiven ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden. Es gibt Risiken, welche die Entwicklung gefährden können. Vorausgesetzt wird ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum im Rahmen des geschätzten Wirtschaftspotenzials, eine gute Beschäftigungslage, eine moderate Teuerung sowie von tiefem Niveau ausgehend leicht ansteigende Zinssätze. Eine konjunkturelle Abkühlung, die sich aus heutiger Sicht nicht abzeichnet, hätte unmittelbar geringere Einnahmen und entsprechende Ergebnisverschlechterungen zur Folge. Gemäss Konzept der Schuldenbremse würde allerdings der Löwenanteil der Verschlechterung kurzfristig über einen höheren Konjunkturfaktor aufgefangen.



Eine strikte Ausgabendisziplin ist umso notwendiger, als Finanzpläne nie sämtlichen künftigen *Mehrbelastungen* Rechnung tragen können. Die vorgenommene Bestandesaufnahme von möglichen Mehrausgaben oder Mindereinnahmen zeigt, dass sich in der politischen Warteschlange – ohne ausserordentliche Faktoren – bereits wiederum Geschäfte und Vorhaben stauen, die den Bundeshaushalt in den einzelnen Jahren ansteigend mit 1,1 bis 1,6 Milliarden und über die gesamte Planperiode mit über vier Milliarden belasten könnten. Darüber hinaus sind in einer Gesamtbetrachtung auch die beträchtliche Verschuldung für die Eisenbahngrossprojekte sowie die noch ungelösten Finanzierungsengpässe der wichtigsten Sozialwerke AHV und IV in Rechnung zu stellen.

Von einer dauerhaften Sanierung des Bundeshaushalts kann somit noch nicht gesprochen werden. Es ist wichtig, dass solche Vorhaben und Geschäfte nur beschlossen werden, wenn auch die Gegenfinanzierung sichergestellt ist. Die Bemühungen um eine nachhaltige Sanierung der Bundesfinanzen müssen daher unverändert fortgesetzt werden. Nächste Etappen sind Strukturreformen in den einzelnen Aufgabengebieten, die Verwaltungsreform sowie eine politische Aufgabenverzichtplanung. Bundesrat und Parlament sind gemeinsam aufgerufen, entsprechende Entscheide frühzeitig zu fällen und konsequent umzusetzen.

Lesehilfe zur Botschaft

Die Botschaft zum Voranschlag enthält viele Informationen. Sie ist umfangreich, weshalb es nicht immer einfach ist, die relevanten Informationen rasch zu finden. Diese Ausführungen sollen der Leserin und dem Leser die Orientierung erleichtern.

Allgemeiner Botschaftsteil

Die *Übersicht* enthält eine Zusammenfassung des allgemeinen Teils der Botschaft sowie eine politische Wertung des Voranschlags. Die Darstellung der Ausgaben erfolgt nach Aufgabengebieten (= funktionale Gliederung). Die Übersicht richtet sich an den eiligen Leser.

Das *zweite Kapitel* orientiert über die Umsetzung der Schuldenbremse im Voranschlag 2006.

Das *dritte Kapitel* ist das umfangreichste des allgemeinen Teils der Botschaft. Es gibt erstens Auskunft über die Entwicklung der Einnahmen, unterteilt nach den verschiedenen Einnahmequellen. Neben den Erläuterungen der Grundlagen der Einnahmenschätzungen werden die Ausführungen mit tabellarischen und grafischen Darstellungen veranschaulicht. Als Gegenstück zu den Einnahmen enthält das Kapitel zweitens eine Beschreibung der Ausgabenentwicklung, wiederum unterstützt durch Tabellen und Grafiken. Die Gliederung erfolgt nach Aufgabengebieten und Sachgruppen sowie nach ausgewählten Schwerpunkten wie beispielsweise FLAG und IKT. Die Aufgabengliederung folgt einem mit den Kantonen abgestimmten Standard.

Das *vierte Kapitel* orientiert über die *Erfolgsrechnung*. *Weitere Kapitel* sind der *Tresoreriepolitik* und den *Verpflichtungskrediten* gewidmet.

Die *Bundesbeschlüsse* (weiss, S. 107), über welche die eidg. Räte zu beschliessen haben, finden sich am Schluss des allgemeinen Teils der Botschaft.

Statistikteil

Aus Platzgründen können sowohl in der Botschaft und auch im eigentlichen Zahlenteil längerfristige Entwicklungen kaum abgebildet werden. Ziel des *Statistikteils* ist es, diesem Mangel Abhilfe zu verschaffen.

Im Statistikteil finden sich ausschliesslich Tabellen. Die Informationen beziehen sich dabei nicht bloss auf Ausgaben und Einnahmen, wiederum gegliedert nach verschiedenen Kriterien, ebenso thematisiert und statistisch aufbereitet werden die Schuldenentwicklung, der Stand der offenen und neuen Verpflichtungskredite, Personalinformationen und ähnliches mehr.

Das Inhaltsverzeichnis zu Beginn des Statistikteils erleichtert das Auffinden der gesuchten Informationen. Weiterführende statistische Informationen findet der Leser in Publikationen der Eidg. Finanzverwaltung (öffentliche Finanzen), in verschiedenen Publikationen der Eidg. Steuerverwaltung zu den einzelnen Steuern sowie in Veröffentlichungen der Oberzolldirektion.

Erläuterungen

Die Eidg. Räte steuern den Bundeshaushalt über die Gewährung von Krediten. Dies ist mit ein Grund, weshalb beim Bund die Finanzrechnung und nicht die Erfolgsrechnung im Zentrum steht.

Weil die private Wirtschaft aufgrund von unterschiedlichen Bedürfnissen eine andere Rechnungslegung kennt, können die Eigenarten des Rechnungsmodells des Bundes nicht als bekannt vorausgesetzt werden.

Um das Sich-Zurechtfinden im Rechnungsmodell des Bundes zu erleichtern, finden sich in der Botschaft *Erläuterungen* zum Rechnungsmodell des Bundes, zu den verschiedenen Kreditarten und zu den Sonderrechnungen.

Diese Ausführungen dienen vor allem der Transparenz. Den gleichen Zweck verfolgen die Ausführungen über die Operationen der Bundestrestorerie.

Zahlenteil

Der *Zahlenteil* stellt das *Kernstück* der Botschaft dar. In desaggregierter Form werden insgesamt rund 950 Ausgaben- und etwa 250 Einnahmenrubriken, gegliedert nach Ausgaben und Einnahmen, aufgeführt. Die einzelnen Ausgabenrubriken – in Ausnahmefällen können es auch Einnahmenrubriken sein – sind Gegenstand von Anträgen und der Beschlussfassung der eidg. Räte. Entsprechend der Verantwortung und der Zuständigkeit werden die einzelnen Kreditrubriken nach Departementen und Dienststellen aufgeschlüsselt.

Soweit von besonderem Interesse, werden die einzelnen Rubriken in kurzen Begründungen kommentiert. Die Begründungen geben Aufschluss über die rechtlichen Grundlagen und Verwendungszwecke. Sie enthalten im weiteren Hinweise auf wesentliche Abweichungen zum Vorjahr.

Nicht Bestandteil der Botschaft sind Zusatzdokumentationen, welche sich vorab an die Mitglieder der Finanzkommissionen richten und zu den einzelnen Rubriken noch weiterführende Informationen enthalten.

Anhang

Im *Anhang* finden sich verschiedene Sonderrechnungen wie für den Fonds für die Eisenbahngrossprojekte oder für den Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen sowie für die Eidgenössische Alkoholverwaltung. Die Zahlenteile in den Sonderrechnungen sind von Erläuterungen begleitet, welche den Aufbau der entsprechenden Rechnungen erklären und die Beurteilung der Zahlen erleichtern.

Ebenso befinden sich im Anhang eine Reihe ausgewählter, finanzpolitisch bedeutsamer Kennzahlen sowie internationale Zahlenvergleiche.



Publikationen zum Thema

– Rechnung 2004 Botschaft zur Staatsrechnung	Fr. 25.60	– Rechnung 2004 Bundesfinanzen auf einen Blick, 1 Seite	gratis
– Rechnung 2004 Bundesfinanzen in Kürze	Fr. 7.—	– Voranschlag 2006 Bundesfinanzen auf einen Blick, 1 Seite	gratis
– Voranschlag 2006 Botschaft zum Voranschlag	Fr. 25.60	– Öffentliche Finanzen der Schweiz 2004 Taschenstatistik	gratis
– Voranschlag 2006 Bundesfinanzen in Kürze	Fr. 7.—	– EFD-Porträt Broschüre	gratis
– Finanzpolitik von A–Z Glossar der Grundbegriffe, Nr. 601.090.d	Fr. 7.25	– Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen NFA Broschüre	gratis
– Botschaft zum Entlastungsprogramm vom 2. Juli 2003, Nr. 039.529.d	Fr. 25.80	– Informationsblätter zum Finanzleitbild des Bundesrates, 1999, Nr. 601.093.d	Fr. 5.20
– Zusatzbericht zur Botschaft zur Schuldenbremse vom 10. Januar 2001, Nr. 038.829.d	Fr. 4.40	– Finanzleitbild des Bundesrates Nr. 601.092.d	Fr. 4.80
– Botschaft zur Schuldenbremse vom 5. Juli 2000, Nr. 038.402.d	Fr. 9.30		

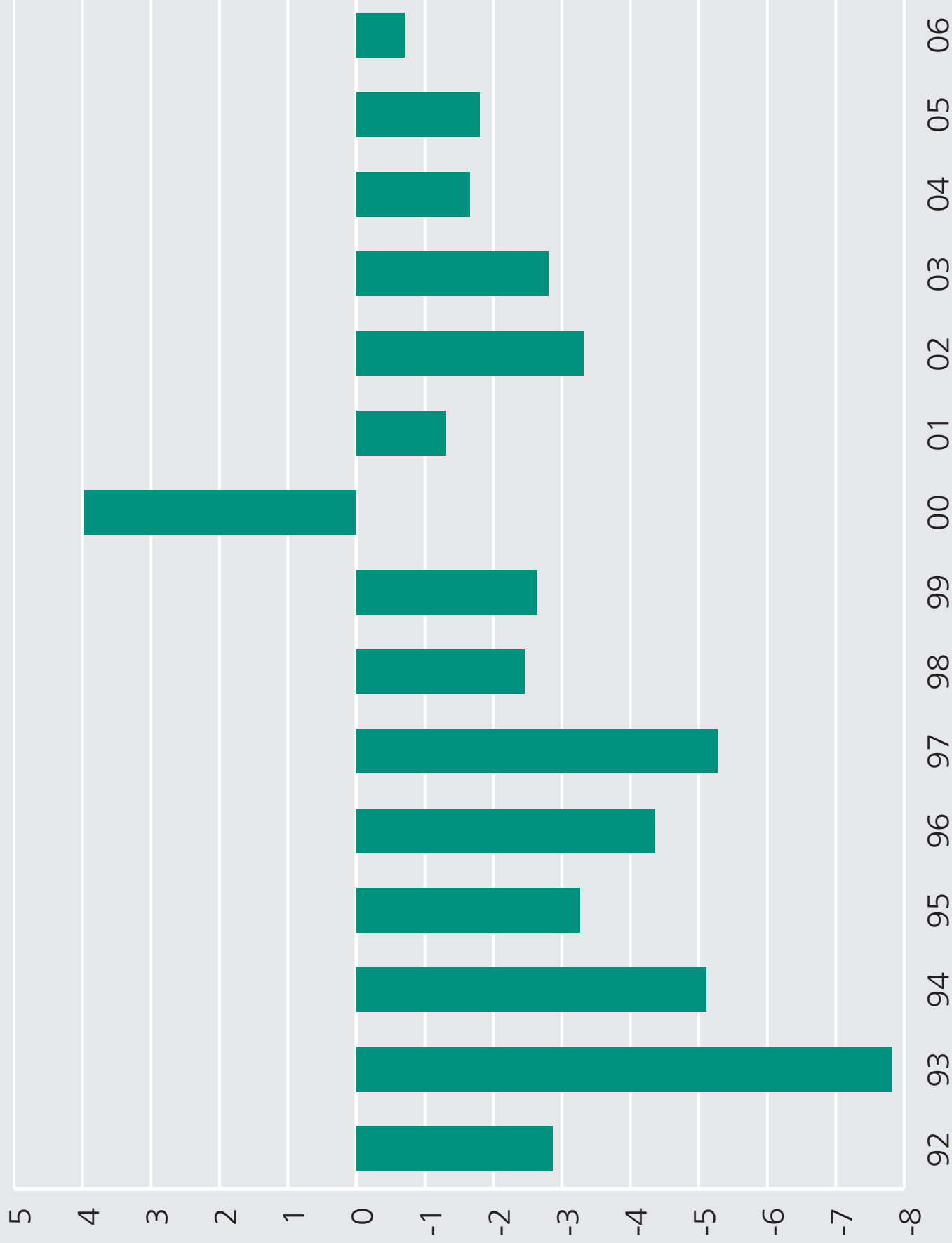
Download und Bestellung

Internet: www.efd.admin.ch/d/dok
unter «Bestellen»
Post: BBL
Vertrieb Bundespublikationen
3003 Bern

Download und Bestellung:

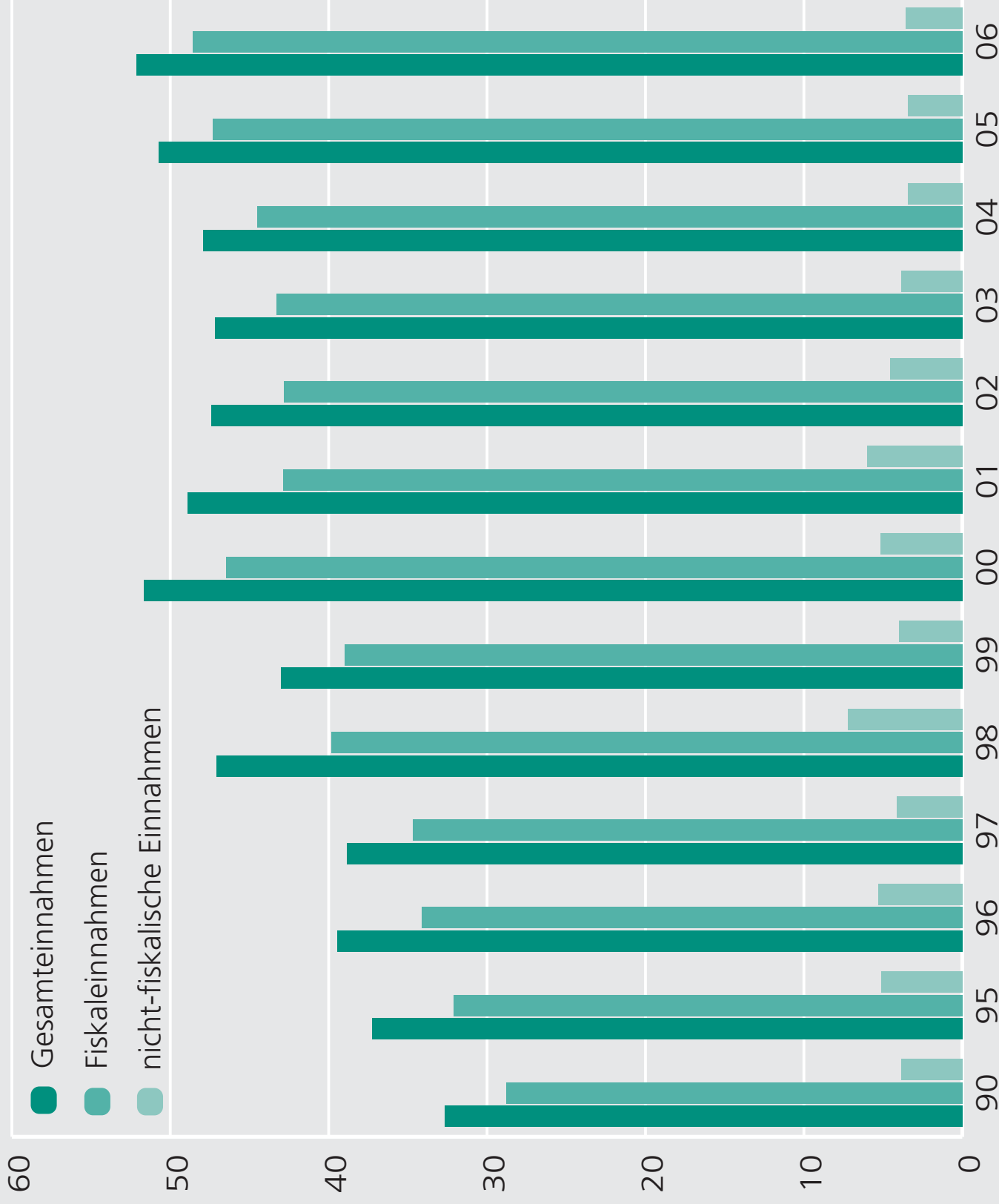
Internet: www.efd.admin.ch/d/dok
unter «Bestellen»
Post: Eidg. Finanzverwaltung
Sekt. Finanzausgleich und Statistik
3003 Bern, Fax 031 323 08 52

Ergebnisse der Finanzrechnung Mrd Fr.
ohne ausserordentliche Faktoren

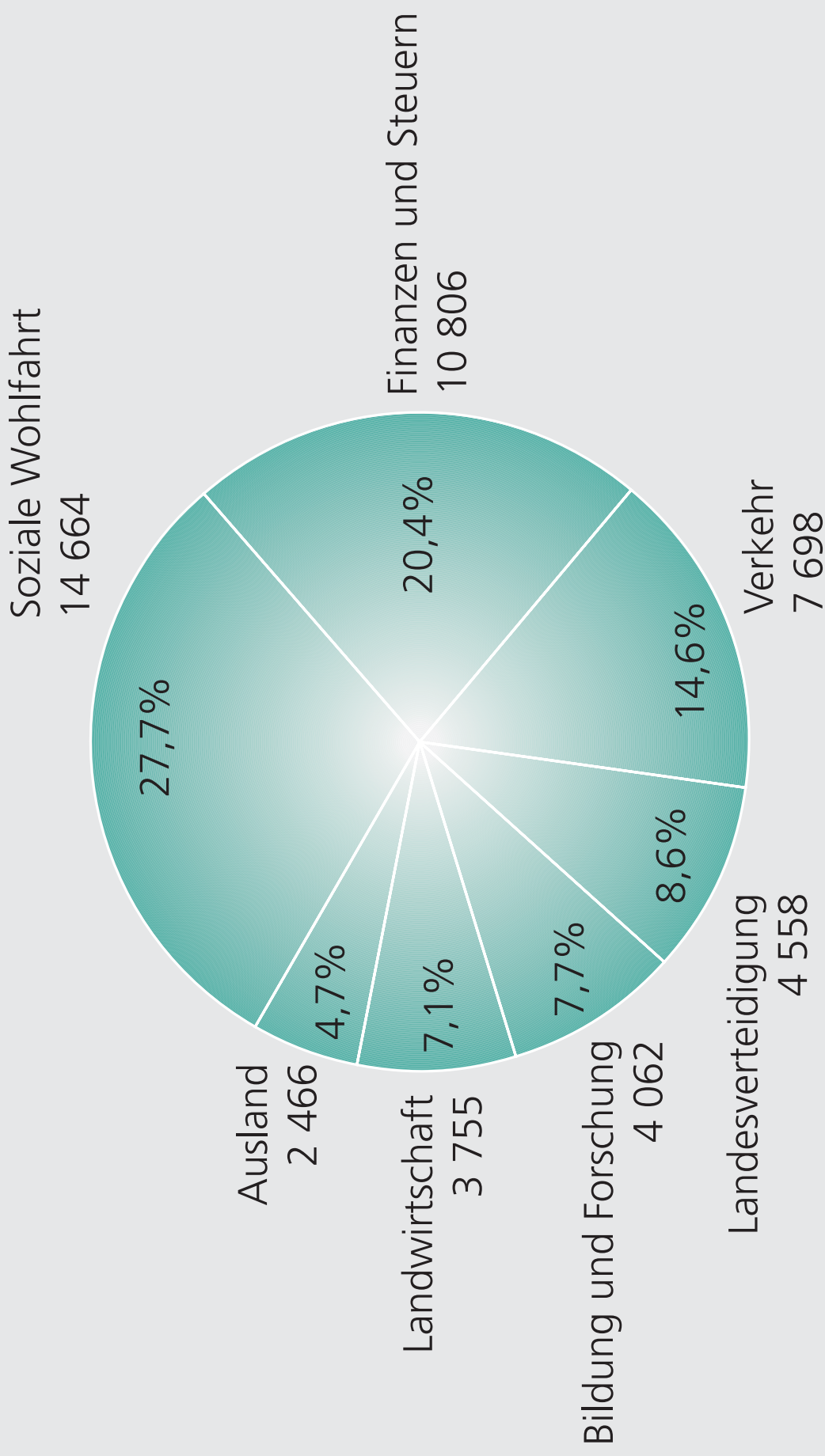


Entwicklung der Einnahmen Mrd Fr.

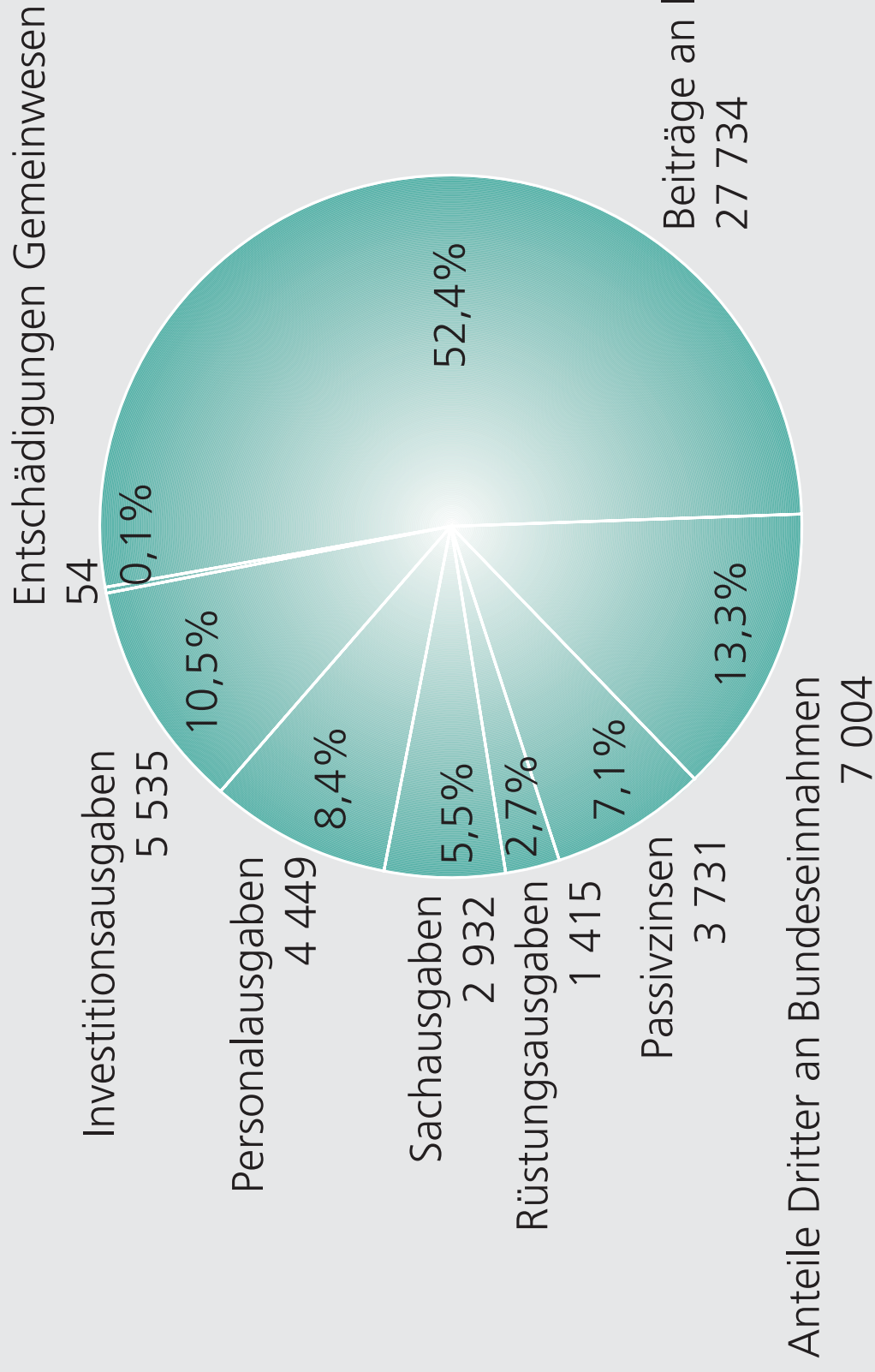
ohne ausserordentliche Faktoren



Übersicht über die ausgabenstärksten Aufgabengebiete V 2006 in Mio Fr.

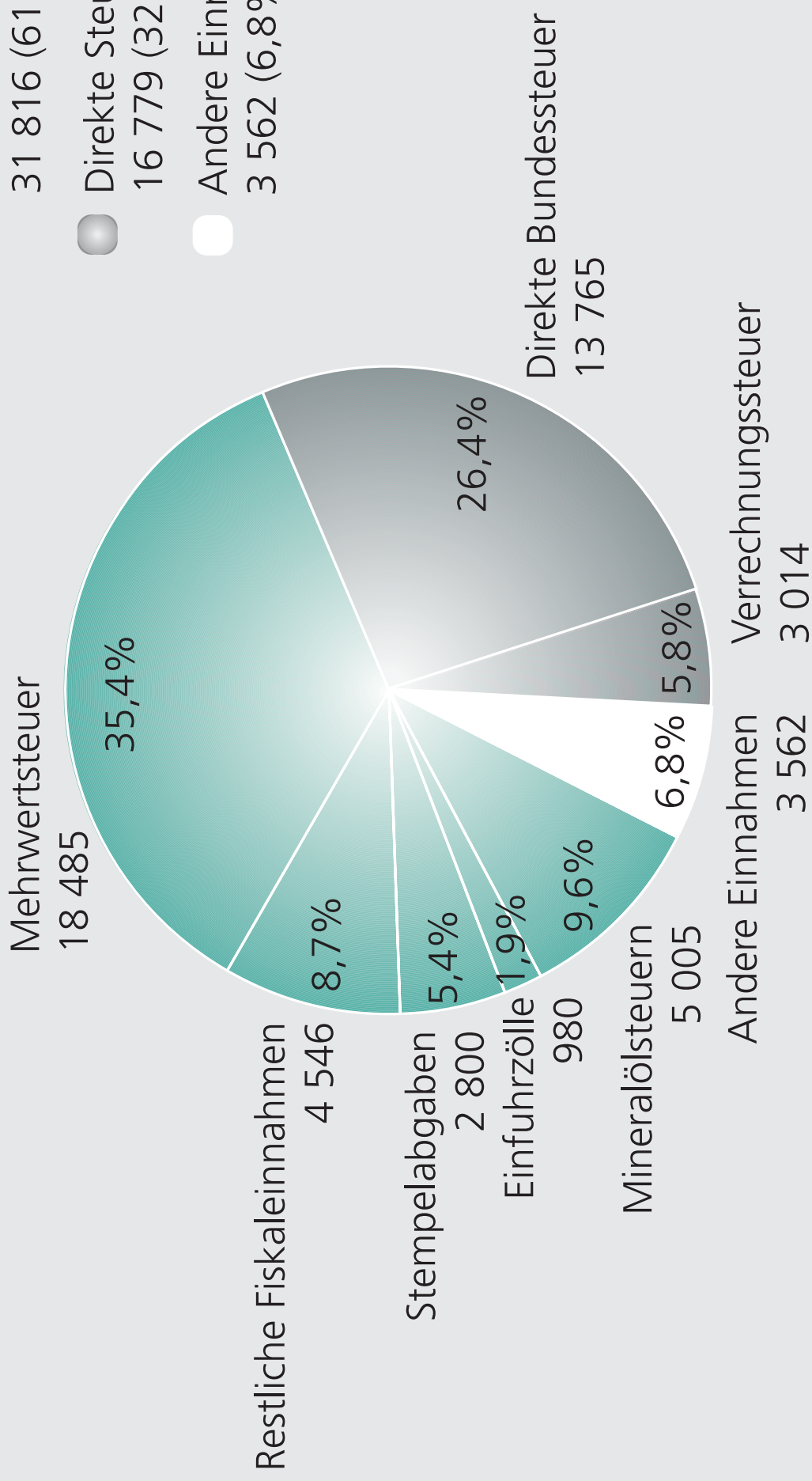


Struktur der Bundesaussgaben V 2006 Mio Fr.

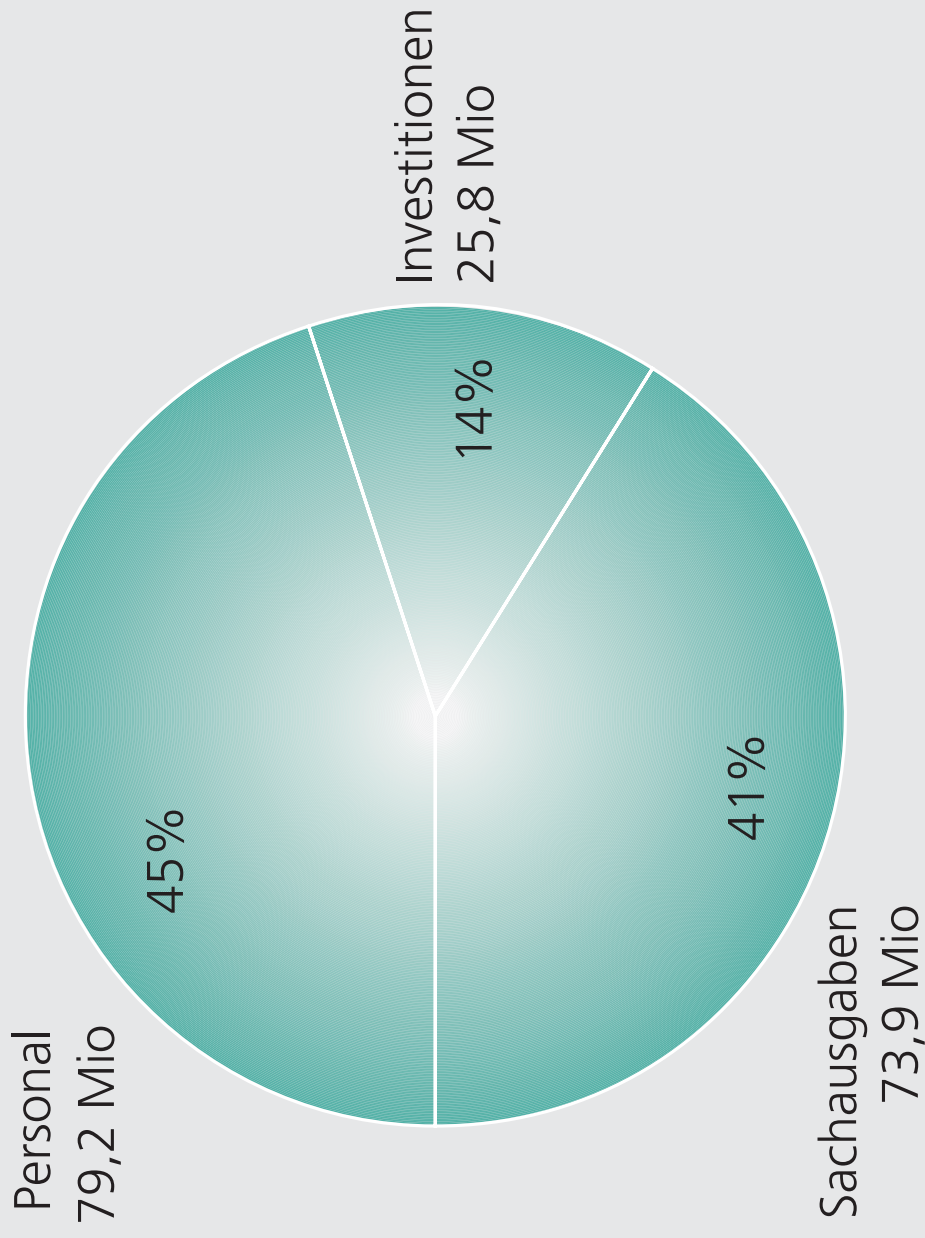


Die Einnahmen des Bundes V 2006 Mio Fr.

- Indirekte Steuern
31 816 (61%)
- Direkte Steuern
16 779 (32,2%)
- Andere Einnahmen
3 562 (6,8%)

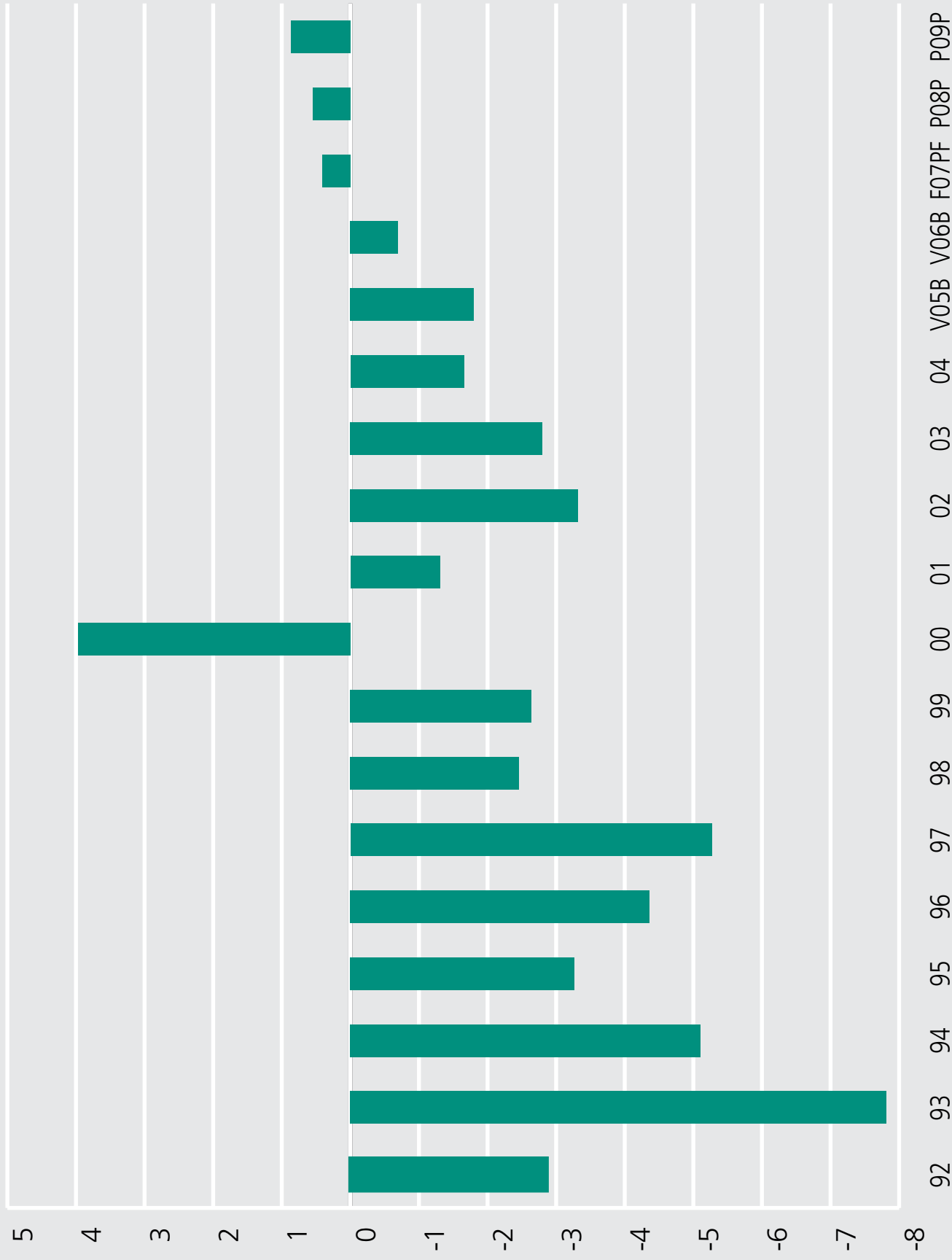


Verteilung nach Sachgruppen



Ergebnisse der Finanzrechnung 1992–2009 Mrd Fr.

Ab 1997 neue Rechnerdarstellung
ohne ausserordentliche Faktoren



Ergebnisse 2006 mit Vergleichszahlen Mio Fr.

	Rechnung 2004	Voranschlag 2005	Voranschlag 2006
Finanzrechnung			
– Ausgaben	50 285	52 547	52 854
Δ Vorjahr in %	0,6	2,2	0,6
– Einnahmen	48 629	50 749	52 157
Δ Vorjahr in %	3,1	5,9	2,8
– Ergebnis	–1 656	–1 798	–697
Erfolgsrechnung			
– Aufwandüberschuss	–5 749	–3 934	–2 852
Kennzahlen			
– Ausgaben in % BIP	11,6	11,5	11,3
– Einnahmen in % BIP	10,9	11,1	11,1
– Schulden in % BIP	28,5	28,7	28,3

Ausgaben 2006 nach Aufgabengebieten in %

	Veränderung zu V 2005
Finanzen und Steuern	+3,0
Bildung und Grundlagenforschung	+3,0
Beziehungen zum Ausland	+1,0
Soziale Wohlfahrt	+0,8
Landwirtschaft und Ernährung	-1,0
Verkehr	-2,1
Landesverteidigung	-2,9
Total Ausgaben	+0,6

Die wichtigsten Aufgabenbereiche

Aufgaben	1990		2006	
	Mio Fr.	Anteil %	Mio Fr.	Anteil %
Gesamtausgaben	31 616	100,0	52 854	100,0
– Soziale Wohlfahrt	6 866	21,7	14 664	27,7
– Verkehr	4 680	14,8	7 698	14,6
– Landesverteidigung	6 053	19,1	4 558	8,6
– Bildung/Grundlagenforschung	2 438	7,7	4 062	7,7
– Landwirtschaft/Ernährung	2 676	8,5	3 755	7,1
– Beziehungen zum Ausland	1 581	5,0	2 466	4,7
– Finanzen und Steuern	4 330	13,7	10 806	20,4
Total	28 624	90,5	48 009	90,8

Ausgaben nach Sachgruppen Mio Fr.

Sachgruppen	Rechnung 2004	Voranschlag 2005	Voranschlag 2006
Gesamtausgaben	50 285	52 547	52 854
Laufende Ausgaben	44 620	46 840	47 319
– Personalausgaben	4 410	4 472	4 449
– Sachausgaben	2 780	2 962	2 932
– Rüstungsausgaben	1 556	1 442	1 415
– Passivzinsen	3 172	3 883	3 731
– Anteile an Bundeseinnahmen	6 029	6 528	7 004
– Entschädigungen an Gemeinwesen	59	59	54
– Beiträge an laufende Ausgaben	26 614	27 494	27 734
Investitionsausgaben	5 665	5 707	5 535
in % Gesamtausgaben			
– Laufende Ausgaben	88,7	89,1	89,5
– Investitionsausgaben	11,3	10,9	10,5

Die Einnahmen des Bundes Mio Fr.

Einnahmen	Rechnung 2004	Voranschlag 2005	Voranschlag 2006
Gesamteinnahmen	48 629	50 749	52 157
Fiskaleinnahmen	44 755	47 308	48 595
– Direkte Bundessteuer	11 822	12 386	13 765
– Verrechnungssteuer	2 628	3 015	3 014
– Stempelabgaben	2 755	3 300	2 800
– Mehrwertsteuer	17 666	18 105	18 485
– Tabaksteuer	2 040	2 158	2 119
– Verkehrsabgaben	993	1 478	1 500
– Einfuhrzölle	1 054	1 005	980
– Mineralsteuer auf Treibstoffen	2 927	2 970	2 970
– Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 979	2 010	2 010
– Übrige Fiskaleinnahmen	891	881	952
Regalien/Konzessionen	1 238	1 318	1 245
Vermögenserträge	890	866	1 063
Entgelte	1 324	1 052	1 065
Investitionseinnahmen	422	205	189

Ergebnisse Finanzplan 2007-2009 Mio Fr.

Nach virtueller Kreditsperre	Voranschlag 2006	Finanzplan 2007	Perspektive 2008	Perspektive 2009
- Ausgaben	52 854	53 985	57 484	60 148
- Δ Vorjahr in %	0,6	2,1	6,5	4,6
- Einnahmen	52 157	54 395	58 034	61 018
- Δ Vorjahr in %	2,8	4,3	6,7	5,1
Ergebnis	-697	410	550	870